

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

1 (5.1.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erstausgabe: Montag, Mittwoch und Freitag — Einzelpreis RM 2.50, monatlicher Bezugspreis RM 75.00 (inkl. RM 3.00 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.50 zusätzlich Zustellgebühr).

Anzeigenpreis: Die 35 mm bre. Norm-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pfaffenburger Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanpreis RM 2.—; Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 1

Montag, den 5. Januar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Welt-Rundschau

New York (Dena-NS). Der frühere preussische Innenminister und Polizeipräsident von Berlin, Albert C. Grzesinski, starb im Alter von 87 Jahren an einer Lungenentzündung in New York. **Shreveport** (Louisiana (Dena-Neuter)). Nach den letzten Berichten wurden bei den im Silvesterabend in Louisiana und Arkansas wütenden schweren Tornados mindestens 18 Personen getötet. **London** (Dena). Mehr als sechshundert deutsche Mädchen, die mit britischen Soldaten aus der britischen Zone v. Jobst sind, trafen, wie der „Sunday Chronicle“ laut AFP berichtet, seit Kriegsende in England ein. **Budapest** (Dena-Neuter). Ex-König Michael hat Sinale in Rumänien am Samstag in den frühen Morgenstunden mit seinem Sonderzug verlassen. **Athen** (Dena-Neuter). Starke Einheiten griechischer Regierungstruppen sind in Koniza eingedrungen. Die Einsatzkräfte haben sich mit der Garnison der seit dem Weltkriegstage von den Aufständischen belagerten Stadt verbunden. Die Aufständischen wurden unter Zuzugung schwerer Verluste zurückgeworfen. **Alexandria** (Dena-Neuter). Der am Sonntag verstorbenen frühere König von Italien, Viktor Emanuel, wurde am Mittwoch, trotz seines schriftlich hinterlassenen Wunsches, ihm ein einfaches Beerdigungsritual ohne Kränze und Blumen zu bereiten, mit allen einem regierenden Monarchen zukommenden militärischen Ehren beigesetzt.

Die Schuldigen an der Kartoffelnot

Schwere Verstöße gegen die Anordnungen festgestellt — Sabotage an der Ablieferungspflicht

Frankfurt, 4. Jan. (Dena) Der Bericht des Direktors der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Hans Schlang-Schöningen, über Verstöße gegen die Anordnungen, die zur Sicherung der Kartoffelversorgung vom Wirtschaftsrat und der Verwaltung für Ernährung erlassen wurden, ist am Sonntagabend vom Wirtschaftsrat zur Veröffentlichung freigegeben worden. Der 28 Seiten umfassende Bericht nennt vier Ursachen für die unbefriedigende Kartoffelversorgung: Die schlechte Ernte, unvollständige Erfassung, Fehlen von Importen und ungleichmäßige Verteilung. In der Zeit vom 23. Oktober bis zum 22. November vorigen Jahres hätten 12 Prüfer der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in den drei Kartoffelüberschussländern, Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein folgende Verstöße festgestellt: In Niedersachsen hat Ministerpräsident Kopf einen Kabinettsbeschluss herbeigeführt, durch den der Landwirtschaftsminister angewiesen wurde, seine von der Zweikammerverwaltung veranlassete Verfügung über die Freigabe von einem Zentner Einkellerungskartoffeln pro Kopf zurückzuziehen und zwei Zentner Kartoffeln freizugeben. Nichtselbstversorger

in den Landgebieten Schleswig-Holsteins hätten ebenfalls entgegen den Anweisungen aus Frankfurt und unter Duldung der Behörden pro Kopf zwei Zentner Kartoffeln erhalten. Für dieses Vergehen ist, wie im Bericht ausdrücklich festgestellt wird, der Landwirtschaftsminister, Schleswig-Holstein verantwortlich. Auch in Bremen sei die Einkellerung von zwei Zentnern Kartoffeln gestützt und nicht dagegen unternommen worden. Da in Bayern die angeordnete Kartoffelmengende von der Landesregierung nicht durchgeführt wurde, fehle die Grundlage für eine ordnungsgemäße Erfassung. Die Krise setze daraufhin zum Teil selbst Mindestlieferungen fest, die, wie der Bericht fortführt, „naturgemäß mehr den eigenen Wünschen, als den allgemeinen Erfordernissen entsprechend“ die schließlich getroffenen Erfassungsmassnahmen kamen zu spät. In zwei Oberbundesländern des Landes Nordrhein-Westfalen wurden vorübergehend auf Anordnung der Oberkreisdirektion pro Kopf 2 Zentner Einkellerungskartoffeln geliefert. Die beiden Beamten konnten jedoch vom zuständigen Ministerium nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil die Landesregierung hierzu erklärte, sie seien nur dem

Kreisrat verantwortlich. Da dieser die Oberkreisdirektion deckte, konnte sich das Ministerium nicht durchsetzen. Die Eisenbahn hat nach dem Bericht Schlang-Schöningens durch unerlaubte Kartoffellieferungen für sich und andere Betriebe wesentliche Kartoffellieferungen der ordentlichen Bewirtschaftung entzogen. Ferner sollen Kartoffeln gegen Kohle eingetauscht und, zum Teil falsch deklariert, als Dienstgut unkontrolliert befördert worden sein. Die Polizei ist nach Ihren Angaben, wie es weiter in dem Bericht heißt, nicht in der Lage, wirksame Kontrollen durchzuführen. Die allgemeine Polizei darf nicht ohne weiteres das Bahngelände betreten, und die Bahnpolizei sei offenbar nicht in der Lage und teilweise auch nicht gewillt, die erforderlichen Transportkontrollen durchzuführen. Weiterhin wurde nach dem Bericht die Durchführung des Gesetzes über die Kartoffelbewirtschaftung dadurch gefährdet, daß Gesetze und Anordnungen der Zweikammerbehörden nur mit großer Verzögerung oder überhaupt nicht weitergegeben wurden. So sei das am 2. Oktober erlassene oben erwähnte Bewirtschaftungsgesetz nach Feststellung der Prüfer am 28. Oktober, bei der Mehrzahl der Kreisstellen noch nicht bekannt gewesen. Die darin angeordneten Maßnahmen, über die Bildung von Erfassungsausschüssen und das Öffentliche, Ausbilden von Listen mit dem Ablieferungsplan der erzeugenden Betriebe seien in den Gemeinden gar nicht oder verspätet durchgeführt worden. In einer Anlage zum Bericht werden Fälle angeführt, in denen die Justizbehörden nach Ansicht Dr. Schlang-Schöningens durch ungeschickte Mißbräuche Verstöße anzettelt haben.

Mr. Lafollette zum neuen Jahr

Stuttgart, 4. Jan. (Eig. Bericht) In seiner Neujahrsgedächtnisrede an die deutsche Bevölkerung würdigte der neue Gouverneur für Württemberg-Baden, Mr. Charles M. Lafollette, die Bedeutung der hundertsten Wiederkehr der Revolution von 1848 und bedauerte den nicht nur für die deutsche Geschichte so unglücklichen Ausgang dieser weil über die engeren Landesgrenzen hinausgehenden Volksbewegung. „Wer kann sagen, wie der Verlauf der Ereignisse gewesen wäre, wenn die Revolution Erfolg gehabt hätte“, sagte der Gouverneur. „Es ist mehr als wahrscheinlich, daß ich jetzt nicht zu Ihnen sprechen würde, und daß viele dieser Dinge sich nicht ereignet hätten, und die Welt um vieles besser daran gewesen wäre! Es ist tief bedauerlich, daß zwischen den Siegern in diesem Krieg keine Übereinstimmung erzielt worden ist, und daß dadurch die so sehr erwünschte Vereinigung Ihres Landes und seine freie Entwicklung gemäß seinen besten Traditionen verhindert worden ist. So sehr wir und alle die Einigung Ihres Landes wünschen, so kann sie doch nicht um einen zu hohen Preis erkauft werden. Höher als das Ziel der Einigung steht das Ziel der großen humanitären Zivilisation, der die Welt in schwerlichem Ringen zutreibt. Seien Sie geduldig und weisen bei der Erwägung dieser Dinge.“

Es soll gespart werden
Stuttgart, 4. Jan. (Dena) Der Finanzsausschuß des württembergisch-badischen Landtages beschloß in der nächsten Landtagssitzung die Herabsetzung der Zahl von behörden-eigenen und beamteten Kraftwagen zu beantragen. Weiter wurden der Etat des Rechnungshofes, der Zusatzetat und das Rahmengesetz des Staatshaushaltsplanes 1947 beraten und damit die Unterlagen zur Schlussberatung im Plenum geschaffen. Der Finanzausschuß wird in der nächsten Plenarsitzung des Landtages ferner beantragen, daß in Zukunft die Verwendung von gemieteten Wagen an öffentlichen Behörden

Millionenschäden durch Hochwasser

Saargebiet schwer betroffen — Große Zerstörungen im Rhein- und Neckartal

Bad Nauheim, 4. Jan. (Dena) Aus Saarbrücken, Köln, Düsseldorf, Bremen und Heidelberg sowie aus Südbaden laufen ständig neue Meldungen über beträchtliche Hochwasserschäden ein. So ist beispielsweise die Stadt Saarbrücken fast gänzlich von der Außenwelt abgeschnitten, während in anderer Ortschaft die Hochwasserschäden in die Millionen steigen. Andererseits hat nach Mitteilung der Wasserstraßendirektion Eltville das Hochwasser des Rheins in der amerikanischen Zone keine größeren Schäden verursacht. Die Überschwemmungskatastrophe, die das Saargebiet betroffen hat, ist die größte seit 100 Jahren. Die völlig unvorbereitete Bevölkerung wurde — besonders in Saarbrücken — durch das Hochwasser überrascht. Die beiden Städte von Saarbrücken wurden voneinander getrennt. Die gesamte Bevölkerung wurde zum Notdienst aufgerufen und verpflichtet, sich für Hilfeleistungen bereitzustellen. Der Wasserstand des Rheins erreichte bei Köln am Neujahrstag mit 9,41 Metern eine seit 120 Jahren nicht mehr erreichte Höhe. Am 2. Januar war das Wasser lediglich um 3 Zentimeter gesunken, 800 000 Zentner Milchpulver, die in den Kellern der Firma Noske im Kölner Neubafen lagerten, wurden am Neujahrstag durch das Hochwasser vernichtet. Ebenso wurde der gesamte Zement für den Wiederaufbau der Köln-Deutzer Rheinbrücke unbrauchbar gemacht. In der Kölner Bevölkerung herrschte starke Erregung darüber, daß die Milchpulvervorräte nicht rechtzeitig sichergestellt wurden. Der linke Sektor des Westwehrrs bei Bremen wurde durch das Hochwasser fortgerissen. Dadurch wurden die Wiederherstellungsarbeiten eines halben Jahres, die kurz vor ihrer Beendigung standen, zunichte gemacht. Vor dem Herbst oder Winter kann voraussichtlich kein neuer Sektor verankert werden. — Die Fulse ist an einzelnen Stellen, beispielsweise in Rothenburg, bis zu 4,5 Metern gestiegen. Die Überschwemmungen erreichten ungeheure Ausmaße und verursachten, die die nachts eintraten und die Bevölkerung nicht gewart werden konnte, in einigen Orten erhebliche Viehverluste. An der Kinzig, einem Nebenfluß des Mains, ist das Land kilometerweit überschwemmt, und viele Höfe sind nur noch mit Booten zu erreichen. Die Außenwerke von Hanau sowie Teile der Stadt selbst können

Jediglich durch Spezialwagen der Besatzungstruppen mit Nahrungsmitteln versorgt werden. — Von sämtlichen süd-deutschen Flüssen richtete der Neckar bisher die größten Zerstörungen an. Die Aufbauarbeiten der Friedriehbrücke in Heidelberg wurden durch das Hochwasser erheblich gestört, und ihre Beendigung dürfte nur um wenige Jahre vorgezögert. Der Gesamtschaden, den das Neckarhochwasser in Heidelberg anrichtete, wird auf 15 Millionen Mark geschätzt. — Das Hochwasser in Südbaden wirkte sich am schwersten in den Landkreisen Wolfach, Offenburg, Rendsch, Bühl und Hasfurt aus. Im Bereich des Landwirtschaftsamttes Rendsch wurden von 10 000 für eine spätere Verteilung vorgesehenen Zentnern Kartoffeln 4 000 Zentner vernichtet.

Paris (Dena-Neuter). Die französische Nationalversammlung bewilligte eine Summe von 100 Millionen zur Unterstützung der Opfer der Überschwemmungskatastrophe in Ostfrankreich. Paris (ap). Der durch Hochwasser verursachte Schaden wurde allein in dem oberrheinischen Bezirk Colmar auf eine Milliarde Franc (80 Millionen Dollar) geschätzt.

Gewerkschaften und Militärregierung

Grundsätzliche Stellungnahme über Arbeitspolitik der Besatzungsmacht

Stuttgart, 4. Jan. (Eig. Bericht). In einer Rundfunkansprache berichtete der Direktor der Abteilung für Arbeitwesen der US-Militärregierung von Württemberg-Baden, Mr. Edwin F. Beal, eingehend über die Gewerkschaftspolitik der Besatzungsmacht. Kaum eine Aufgabe der Militärregierung, so sagte er, berühre das tägliche Leben der großen Mehrheit des deutschen Volkes unmittelbar als ihre Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitspolitik, denn jede Maßnahme auf diesem Gebiete geht jedermann an. Die Grundlage der amerikanischen Arbeitspolitik in Deutschland gründet sich auf die Gewerkschaften und Betriebsräte. Die Ergebnisse der amerikanischen Arbeitspolitik bezüglich der Gewerkschaften fälle Mr. Beal dahingehend zusammen, daß es heute wieder in jedem Land und in jeder Zone eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung gebe, im Gegensatz zu der unheilvollen Zersplitterung vor 1933, die es Hitler gestattet, an die Macht zu kommen. Dadurch sei die Gewerkschaftsbewegung nicht unwesentlich gestärkt worden, obwohl es ihr heute nach den Anordnungen des Kontrollrats zufolge verboten sei, sich mit verschiedenen Gewerkschaftsgruppen usw. zu befassen. Aber selbst auf diesem Gebiet gebe es bereits viele Ausnahmen. Abschließend gab der amerikanische Experte seiner Hoffnung Ausdruck, „daß der Beitrag, den die organisierten Arbeiter auf Grund ihrer Stärke und ständig wachsender Zahl für die deutsche Wirtschaft leisten können, nicht übersehen, geschätzt oder gebremst

werden wird, sondern daß vielmehr alle Teile der Bevölkerung die größten Anstrengungen machen werden, um sich die neuen demokratischen Organisationen der deutschen Arbeiter nutzbar zu machen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, zu. **Regierungskrise in Südbaden**
Freiburg, 4. Jan. (Dena) In einem Schreiben an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion des Badischen Landtages, Dr. Wolfgang Hoffmann, erklärt die badische SP-Fraktion, sie werde ihre Minister ersuchen, aus der Regierung auszuscheiden, da eine weitere Zusammenarbeit in der Regierung mit der CDU aus wichtigen, sachlichen Gründen nicht mehr verantwortet werden könne. Trotz der Bemühungen der SP sei es immer noch nicht zur Bildung einer badischen Allparteiregierung gekommen. Dann werden die Gründe dargelegt, aus denen die SP in Fragen der Bodenreform nicht mit den Ansichten der CDU übereinstimmt. Ebenso habe die SP eine abweichende Meinung zu der Ansicht der CDU in der Frage des Wiederaufbaus der durch Fliegerangriffe zerstörten Städte, in der die SP auf dem Standpunkt stehe, daß aus städtebaulichen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen der zu bebauende Grund und Boden zugunsten der Gemeinden enteignet werden müsse. **Franz. Bergwerksregie an der Saar**
Paris (Dena) Mit der Errichtung einer Regie für die Saarbergwerke beschäftigt sich laut AFP ein im französischen Amtsblatt veröffentlichtes Dekret. Danach wird eine Bergwerksregie für die Saar mit dem Sitz in Saarbrücken errichtet, die dem französischen Bergbauministerium unterstellt ist. Die Aufgabe der Regie, die ihre Tätigkeit am 1. Januar 1948 begonnen hat, ist die Leitung und Entwicklung der Kohlenindustrie im Saargebiet und der den Zechen angeschlossenen Industriezweige. **Eine Rede de Gaulles**
St. Etienne, 4. Jan. (AP) General de Gaulle forderte in einer Rede die Bildung einer neuen „Vereinigung“ der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer als Ersatz für die französischen Gewerkschaften. Er erklärte, „genug von diesem absurden System, in dem für einen Genuß berechneten Mindestlohn ein Minimum an Leistungen und ein Minimalerfolg erzielt wird. Genug von diesem Gegensatz zwischen den verschiedenen Produktengruppen, die die französische Aktivität vergiften und lähmen.“

Vereinigte Westzonen
Stuttgart, (Dena) Die DVP Württemberg-Badens wird hier am 5. und 6. Januar ihre Landespartei-Konferenz durchführen, auf der unter anderem der erste Vorsitzende der DVP Württemberg-Badens, Dr. Wolfgang Haumann, der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und der frühere Kultusminister Dr. Theodor Heuss sprechen werden. Stuttgart, 4. Jan. (AP) Ein wertvolles Elberservice, das der Stadt Mannheim gehört und von einem ehemaligen Angestellten der amerikanischen Militärregierung nach den Vereinigten Staaten gebracht worden war, wurde der Stadt Mannheim zurückgegeben, wie die amerikanische Militärregierung bekannt gibt. **Wüzburg**, 700 Studenten der Würzburger Universität wurde in einem sogenannten „blauen“ Brief mitgeteilt, daß ihr Studium bis zur Überprüfung der politischen Fragebogen gesperrt sei. **Kulmbach**, Die Kulmbacher Speisekammer stuft den Großindustriellen Gehirnat Dr. Fritz Hornsdorff — der

wohlhabendste Mann Bayerns — in die Gruppe der Missetäter ein. Hornsdorff ließ der NSDAP finanzielle Unterstützung stellen werden. **Kelberg**, Über 600 Eier führte eine Frau, die die heilige Kreuzmehlsbäckerei „betreute“, dem Schwarzhandel zu. **Frankfurt**, (Dena) Die Gültigkeit der grünen Reismarken ist in der Bilanz bis zum Ablauf der 114. Zuteilungsperiode verlängert worden. **Bad Nauheim**, (Dena) Die sowjetischen Besatzungsbehörden in Deutschland wurde laut BBC im Vatikansektor vorgeworfen, „antipolitische“ Methoden gegen katholische Organisationen anzuwenden. Politische Polizei, so heißt es, durchsuche die Wohnungen von führenden Vertretern katholischer Jugendorganisationen und nehme den Inhalt ihrer Beratungen auf. **Vierzonenstadt Berlin**
Berlin, (Dena) Die Alliierte Kommandantur hat in einem Befehl vom 18. Dezember angeordnet, daß alle Urteile deutscher Gerichte in Berlin aus der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 3. Mai 1933 aufzuheben sind, falls die Verurteilung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen erfolgte, teilte der Berliner Magistrat mit.

Amtliches Wahlergebnis der Gemeindevahlen

CDU stärkste Partei — Verluste und Gewinne der anderen Parteien

Stuttgart, 4. Jan. (Dena) Die CDU ging aus den Gemeindevahlen in Württemberg-Baden am 7. Dezember trotz beträchtlicher Stimmverluste wieder als stärkste Partei hervor. Auch die DVP erlitt einen geringen Verlust an Sitzen, verdoppelt aber die Zahl ihrer Sitze in den Kreislagern. — SPD und KPD konnten Stimmen gewinnen. Die KPD jedoch nur unter Sitzerlust. Die freien örtlichen Listen und Listenverbindungen gewannen bei weitem die meisten Wähler. Die Stimmenverteilung ergab folgendes Bild (in Klammern die Vergleichszahlen der Gemeindevahlen im Jahre 1946):
CDU 2285 oder 13,3% (2182 oder 13,9%),
SPD 1872 oder 11,1% (1331 oder 8,8%),
DVP 857 oder 4,8% (523 oder 3,7%),
KPD 246 oder 1,8% (137 oder 1,1%),
Sonstige 10 268 oder 64,5% (8775 oder 54,1%).
Die Zahl der Wahlberechtigten war gegenüber den Gemeindevahlen im Jahre zuvor von 1 703 137 auf 2 222 888 angestiegen. Die Wahlbeteiligung war mit 72,8% der Wahlberechtigten niedriger als im Jahre 1946, als sie 83,4% betrug. Die Verteilung der Sitze in den Kreislagern Württemberg-Badens ergibt nach den neuen Wahlen folgendes Bild (in Klammern die Vergleichszahlen aus dem Jahre 1946):
CDU 382 oder 41,2% der 326 Sitze (438 oder 54% der damaligen 814 Sitze).
SPD 219 oder 22,8% (183 oder 22,8%).
DVP 144 oder 17,7% (78 oder 18,8%).
KPD 11 oder 1,8% (24 oder 2,8%).
Sonstige 120 oder 12,5% (88 oder 12%).

